02. 03. 95

Sachgebiet 85

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. September 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Kindergeld

A. Zielsetzung

Das Abkommen soll den Anspruch auf Kindergeld von in einem Vertragsstaat beschäftigten Arbeitnehmern für ihre im anderen Vertragsstaat wohnenden Kinder regeln.

B. Lösung

Zahlung von Kindergeld für die im anderen Vertragsstaat wohnenden Kinder. Die Kindergeldsätze richten sich nach den Verhältnissen des Wohnlandes (Wohnlandprinzip). Dies bedeutet insbesondere Zahlung von deutschem Kindergeld an in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte tunesische Arbeitnehmer für ihre Kinder in Tunesien in Anlehnung an die niedrigeren tunesischen Kindergeldsätze. Kindergeld wird für das erste bis vierte Kind in Tunesien gezahlt. Anspruch besteht bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der Bund wird durch die Ausführung des Gesetzes mit unter 2 Mio. DM jährlich belastet. Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland Der Bundeskanzler 031 (311) – 806 06 – Ab 23/95

Bonn, den 28. Februar 1995

An die Präsidentin des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. September 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Kindergeld mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 680. Sitzung am 17. Februar 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Heimut Kohi

Entwurf

Gesetz

zu dem Abkommen vom 20. September 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Kindergeld

Vom

1993

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 20. September 1991 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Kindergeld wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen vom 20. September 1991 nach seinem Artikel 11 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Abkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 11 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der Bund wird durch die Ausführung des Gesetzes mit unter 2 Mio. DM jährlich belastet werden. Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für Unternehmen und die betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Kindergeld

Convention entre la République fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne relative aux allocations familiales

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tunesische Republik -

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit auch auf das Kindergeld zu erstrecken –

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. "Hoheitsgebiet"

in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,

in bezug auf die Tunesische Republik das Hoheitsgebiet der Tunesischen Republik;

2. "Staatsangehöriger"

in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

in bezug auf die Tunesische Republik eine Person tunesischer Staatsangehörigkeit im Sinne des tunesischen Staatsangehörigkeitsgesetzes;

3. "Rechtsvorschriften"

die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen und die bei der Unterzeichnung des Abkommens in Kraft sind oder später in Kraft treten werden;

4. "zuständige Behörde"

in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

in bezug auf die Tunesische Republik den Minister für Soziale Angelegenheiten;

La République fédérale d'Allemagne

et

la République Tunisienne,

Désireuses d'étendre leurs relations dans le domaine de la sécurité sociale également aux allocations familiales,

sont convenues des dispositions suivantes:

Titre I Dispositions générales

Article 1

Aux fins de l'application de la présente Convention:

1. le terme «territoire» désigne

en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne le territoire de la République fédérale d'Allemagne,

en ce qui concerne la République Tunisienne le territoire de la République Tunisienne;

2. le terme «ressortissant» désigne

en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne un Allemand au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne,

en ce qui concerne la République Tunisienne une personne de nationalité tunisienne au sens du Code Tunisien de la Nationalité;

3. le terme «législation» désigne

les lois, règlements, dispositions statutaires et autres actes législatifs se rapportant aux branches et régimes de sécurité sociale énumérés au paragraphe 1 de l'article 2 et qui sont en vigueur à la date de la signature de la présente Convention ou entreront en vigueur ultérieurement;

le terme «autorité compétente» désigne

en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne le Ministre fédéral du Travail et des Affaires sociales,

en ce qui concerne la République Tunisienne le Ministre des Affaires sociales:

5. "Träger"

die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneter Rechtsvorschriften obliegt;

6. "zuständiger Träger"

den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;

7. "Beitragszeit"

eine Zeit, für die nach den Rechtsvorschriften im Sinne des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit (im folgenden als Abkommen über Soziale Sicherheit bezeichnet) oder dieses Abkommens Beiträge entrichtet sind oder als entrichtet gelten;

8. "gleichgestellte Zeit"

eine Zeit, soweit sie nach den Rechtsvorschriften im Sinne des Abkommens über Soziale Sicherheit oder dieses Abkommens, nach denen sie zurückgelegt wurde oder als zurückgelegt gilt, einer Beitragszeit gleichsteht.

Artikel 2

- (1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich
- 1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über das Kindergeld,
- 2. auf die tunesischen Rechtsvorschriften über das Kindergeld.
- (2) Bei Anwendung dieses Abkommens finden die Rechtsvorschriften keine Anwendung, die sich für einen Vertragsstaat aus anderen zwischenstaatlichen Übereinkünften oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

Artikel 3

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für Arbeitnehmer, die

- a) Staatsangehörige eines Vertragsstaats,
- b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
- Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen

sind.

Artikel 4

Die in Artikel 3 bezeichneten Arbeitnehmer, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

Artikel 5

- (1) Für die Beitragspflicht und für die Gewährung von Kindergeld sind die Artikel 6 bis 8 und 10 des Abkommens über Soziale Sicherheit sinngemäß anzuwenden; Ausnahmeregelungen nach Artikel 11 des Abkommens über Soziale Sicherheit gelten auch für das Kindergeld.
- (2) Finden nach Absatz 1 nicht die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats Anwendung, in dessen Hoheitsgebiet der Arbeitnehmer beschäftigt ist, so gilt dies auch für dessen Ehegatten, sofem dieser nicht aufgrund eigener Beschäftigung als Arbeitnehmer den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats unterliegt.

- 5. le terme «institution» désigne
 - l'institution ou l'autorité chargée de l'exécution de la législation visée au paragraphe 1 de l'article 2;
- 6. le terme «institution compétente» désigne

l'institution compétente en vertu de la législation applicable;

- 7. le terme «période de cotisation» désigne
 - une période pour laquelle des cotisations ont été versées ou sont considérées comme étant versées conformément à la législation telle que définie à la Convention entre la République fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne relative à la sécurité sociale (désignée ci-après Convention relative à la sécurité sociale) ou à la présente Convention;
- 8. le terme «période équivalente» désigne

une période dans la mesure où elle est équivalente à une période de cotisation conformément à la législation telle que définie dans la Convention relative à la sécurité sociale ou dans la présente Convention, législation sous laquelle elle a été accomplie ou est considérée comme étant accomplie.

Article 2

- (1) A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, elle est applicable
- à la législation allemande relative aux allocations familiales («Kindergeld»)
- 2. à la législation tunisienne relative aux allocations familiales.
- (2) Ne sont pas applicables, lors de l'application de la présente Convention, les dispositions d'autres accords internationaux ou de la législation supranationale liant un des Etats contractants ou prises en vertu de l'application de ceux-ci.

Article 3

A moins qu'il n'en soit disposé autrement, la présente Convention s'applique aux travailleurs salariés qui sont:

- a) des ressortissants de l'un des Etats contractants:
- b) des réfugiés au sens de l'article premier de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés et du Protocole du 31 janvier 1967 annexé à ladite Convention;
- c) des apatrides au sens de l'article premier de la Convention du 28 septembre 1954 relative au statut des apatrides.

Article 4

Les travailleurs salariés visés à l'article 3 et résidant sur le territoire de l'un des Etats contractants sont assimilés, dans le cadre de l'application de la législation de cet Etat contractant aux ressortissants de ce dernier.

Article 5

- (1) Les dispositions des articles 6 à 8 et 10 de la Convention relative à la sécurité sociale s'appliquent par analogie à l'obligation de verser des cotisations et à l'octroi des allocations familiales; les dérogations en vertu des dispositions de l'article 11 de ladite Convention sont également applicables aux allocations familiales.
- (2) Lorsque, conformément aux dispositions du paragraphe précédent, la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel le travailleur salarié exerce un emploi, n'est pas applicable, ceci s'applique également à son conjoint, à condition que celui-ci ne soit pas soumis en tant que travailleur salarié en vertu d'un emploi personnel, à la législation de cet Etat contractant.

Abschnitt II Besondere Bestimmungen

Artikel 6

Soweit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats der Anspruch auf Kindergeld von der Zurücklegung von Beitragszeiten oder gleichgestellten Zeiten abhängt, berücksichtigt der zuständige Träger dieses Vertragsstaats auch Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die der Berechtigte nach den vom Abkommen über Soziale Sicherheit erfaßten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats als Arbeitnehmer zurückgelegt hat.

Artikel 7

- (1) Ein Arbeitnehmer, der nach Artikel 5 Absatz 1 während seiner Beschäftigung den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats unterliegt, hat auch Anspruch auf Kindergeld für Kinder, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten, sofern er für diese unterhaltspflichtig ist. Einer Beschäftigung stehen Zeiten gleich, in denen der Arbeitnehmer nach Beendigung seines Beschäftigungsverhältnisses Geldleistungen der Krankenversicherung wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit oder Leistungen der Arbeitslosenversicherung erhält und sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats aufhält.
- (2) Für den Anspruch auf Kindergeld nach Absatz 1 werden höchstens vier Kinder berücksichtigt. Soweit die Höhe des Kindergelds von der Ordnungszahl des Kindes abhängt, werden die in den beiden Vertragsstaaten lebenden Kinder des Arbeitnehmers getrennt gezählt.
- (3) Für den Arbeitnehmer, der den deutschen Rechtsvorschriften unterliegt, beträgt der Satz des Kindergelds unter Berücksichtigung des Kindergelds, das nach tunesischen Rechtsvorschriften für eine Familie in Tunesien insgesamt gewährt wird,

- Wohnlandprinzip -

für das erste Kind	10 Deutsche Mark monatlich,
für das zweite Kind	25 Deutsche Mark monatlich,
für das dritte Kind	25 Deutsche Mark monatlich,
für das vierte Kind	25 Deutsche Mark monatlich

Für den Arbeitnehmer, der den tunesischen Rechtsvorschriften unterliegt, beträgt der Satz des Kindergelds

für das erste Kind	4,320 Dinar monatlich,
für das zweite Kind	3,840 Dinar monatlich,
für das dritte Kind	3,360 Dinar monatlich,
für das vierte Kind	2.880 Dinar monatlich

Haben sich die Voraussetzungen, die den vorstehend festgelegten Sätzen zugrunde gelegen haben, beträchtlich verändert, so werden Neuverhandlungen im Hinblick auf ihre Änderung eingeleitet.

- (4) Kindergeld ist für folgende Kinder bis zur Vollendung des 16. Lebensjahrs zu zahlen, sofern sie nicht verheiratet sind:
- 1. eheliche Kinder,
- 2. für ehelich erklärte Kinder,
- 3. an Kindes Statt angenommene Kinder,
- 4. anerkannte nichteheliche Kinder,
- Stiefkinder, die in den Haushalt des Berechtigten aufgenommen sind.
- (5) Sind die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Kindergeld für ein Kind sowohl nach diesem Abkommen als auch nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats gegeben, in dessen Hoheitsgebiet sich das Kind gewöhnlich aufhält, so wird Kindergeld ausschließlich nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats gewährt.

Titre II

Dispositions particulières

Article 6

Dans la mesure où, sous la législation de l'un des Etats contractants, le droit aux allocations familiales est subordonné à l'accomplissement de périodes de cotisation ou de périodes équivalentes, l'institution compétente de cet Etat contractant prend également en considération les périodes de cotisation et les périodes équivalentes accomplies par le bénéficiaire comme travailleur salarié sous la législation de l'autre Etat contractant visée par la Convention relative à la sécurité sociale.

Article 7

- (1) Un travailleur qui, en vertu du paragraphe 1 de l'article 5, est soumis pendant la durée de son emploi à la législation de l'un des Etats contractants a également droit aux allocations familiales pour les enfants résidant sur le territoire de l'autre Etat contractant à condition qu'ils soient à sa charge. Sont assimilées à un emploi les périodes pendant lesquelles le travailleur bénéficie, après l'expiration de son contrat de travail, des prestations en espèces pour incapacité de travail temporaire au titre de l'assurance maladie ou des prestations au titre de l'assurance chômage et réside sur le territoire du premier Etat contractant.
- (2) Pour le bénéfice des allocations familiales selon le paragraphe 1 sont pris en considération quatre enfants au maximum. Dans la mesure où le taux des allocations familiales est déterminé en fonction du rang de l'enfant, les enfants du travailleur se trouvant sur les territoires des deux Etats contractants sont décomptés séparément.
- (3) Pour le travailleur soumis à la législation allemande, le taux des allocations familiales est, compte tenu des allocations familiales accordées au total pour une famille en Tunisie selon la législation tunisienne
- principe du pays de résidence -,

pour le premier enfant	de 10 DM par mois,
pour le deuxième enfant	de 25 DM par mois,
pour le troisième enfant	de 25 DM par mois,
pour le quatrième enfant	de 25 DM par mois.

Pour le travailleur soumis à la législation tunisienne, le taux des allocations familiales est:

pour le premier enfant	de 4,320 dinars par mois,
pour le deuxième enfant	de 3,840 dinars par mois,
pour le troisième enfant	de 3,360 dinars par mois,
pour le quatrième enfant	de 2,880 dinars par mois.

Lorsque les conditions ayant été à la base de l'établissement des taux fixés ci-dessus auront notablement changé, de nouvelles négociations se tiendront en vue de leur modification.

- (4) Les allocations familiales sont à verser pour les enfants énumérés ci-après jusqu'à l'âge de seize ans révolus, à condition que ceux-ci ne soient pas mariés:
- 1. les enfants légitimes;
- 2. les enfants légitimés;
- 3. les enfants adoptifs;
- 4. les enfants naturels reconnus;
- les enfants d'un autre lit pris en charge dans le ménage du bénéficiaire.
- (5) Lorsque les conditions donnant droit aux allocations familiales sont remplies pour un enfant en vertu de la présente Convention et de la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'enfant réside, les allocations familiales sont exclusivement accordées sous la législation de cet Etat contractant.

- (6) Verlegt ein Kind während eines Kalendermonats seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so ist für diesen Monat das Kindergeld ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, gegebenenfalls in Verbindung mit diesem Abkommen, zu gewähren, die am Beginn des Monats anzuwenden waren.
- (7) Das Kindergeld wird jeweils vom zuständigen Träger in der Währung des Vertragsstaats gezahlt, dessen Rechtsvorschriften der Arbeitnehmer unterliegt. Auf Antrag des Arbeitnehmers zahlt der zuständige Träger das Kindergeld mit befreiender Wirkung an die Verbindungsstelle im Wohnland des Kindes für die natürliche oder juristische Person, die für das Kind überwiegend sorgt. Das gleiche gilt, wenn auf Verlangen dieser Person die Verbindungsstelle im Wohnland der Kinder dies beantragt und der Nachweis erbracht wird, daß das dem Arbeitnehmer ausgezahlte Kindergeld von ihm nicht für den Unterhalt des Kindes verwendet wird. Sorgen neben dem Ehegatten des Berechtigten andere Personen für das Kind, so ist das Kindergeld dem Ehegatten auszuzahlen. Der Arbeitnehmer gilt als Empfänger des Kindergelds im Sinne der Vorschriften über die Rückzahlung zu Unrecht gewährten Kindergelds.

Abschnitt III Verschiedene Bestimmungen

Artikel 8

Artikel 25 Absatz 1, Artikel 26, Artikel 27, Artikel 28 Absatz 1, Artikel 32 und Artikel 33 Absatz 1 und Absätze 3 bis 5 des Abkommens über Soziale Sicherheit, Artikel 2 und 3 des Zusatzprotokolls zu dem Abkommen über Soziale Sicherheit und Artikel 7 der Durchführungsvereinbarung zu dem Abkommen über Soziale Sicherheit sind entsprechend anzuwenden.

Artikel 9

- (1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geitenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.
- (2) Zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens werden folgende Verbindungsstellen bestimmt:

in der Bundesrepublik Deutschland die Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg;

in der Tunesischen Republik die Nationalversicherungsanstalt (Caisse Nationale de Sécurité Sociale – C.N.S.S.), Tunis.

Abschnitt IV Schlußbestimmungen

Artikel 10

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs kündigen.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Tunis ausgetauscht.

- (6) Lorsque, au cours d'un mois civil, un enfant transfère sa résidence du territoire de l'un des Etats contractants sur le territoire de l'autre Etat contractant, les allocations familiales pour ce mois sont à verser exclusivement sous la législation de l'Etat contractant applicable au début de ce mois, le cas échéant, en relation avec les dispositions de la présente Convention.
- (7) Les allocations familiales sont versées par l'institution compétente dans la monnaie de l'Etat contractant à la législation duquel le travailleur est soumis. A la demande du travailleur, l'institution compétente verse les allocations familiales, avec effet libératoire, à l'organisme de liaison dans le pays de résidence de l'enfant pour le compte de la personne physique ou morale assurant principalement la garde de l'enfant. Ceci vaut également, si à la requête de cette personne, l'organisme de liaison dans le pays de résidence de l'enfant en introduit la demande et que la preuve est apportée que les allocations familiales versées au travailleur ne sont pas employées par ce dernier à l'entretien de l'enfant. Lorsque, en plus du conjoint du bénéficiaire, d'autres personnes assurent la garde de l'enfant, les allocations familiales doivent être versées au conjoint. Le travailleur est considéré comme bénéficiaire des allocations familiales au sens des dispositions régissant le remboursement des allocations familiales indûment accordées.

Titre III Dispositions diverses

Article 8

Les dispositions du paragraphe 1 de l'article 25, de l'article 26, de l'article 27, du paragraphe 1 de l'article 28, de l'article 32, et des paragraphes 1 et 3 à 5 de l'article 33 de la Convention sur la sécurité sociale, des articles 2 et 3 du Protocole additionnel à la Convention sur la sécurité sociale et de l'article 7 de l'Arrangement relatif aux modalités d'application de ladite Convention, sont applicables par analogie.

Article 9

- (1) Les autorités compétentes conviendront des mesures administratives nécessaires à l'application de la présente Convention. Elles se tiendront informées mutuellement des modifications et des compléments apportés à la législation visée à l'article 2 qui leur est applicable.
- (2) Pour faciliter l'application de la présente Convention, les organismes de liaison suivants seront désignés:
- en République fédérale d'Allemagne, la Centrale de l'Office fédéral de l'Emploi (Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit) à Nuremberg;
- en République Tunisienne, la Caisse Nationale de Sécurité Sociale à Tunis.

Titre IV Dispositions finales

Article 10

La présente Convention sera conclue pour une durée indéterminée. Chaque Etat contractant pourra la dénoncer à l'expiration d'une année civile sous réserve d'un préavis de trois mois.

Article 11

(1) La présente Convention sera soumise à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Tunis aussitôt que possible.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden. (2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant le dernier jour du mois au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Bonn am 20. September 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

En foi de quoi, les plénipotentiaires, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Bonn, le 20 septembre 1991, en double exemplaire en langues allemande, arabe et française, les trois textes faisant foi. En cas de divergences dans l'interprétation du texte allemand et du texte arabe, le texte français prévaudra.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Oesterheit

Für die Tunesische Republik Pour la République Tunisienne M. Kaboul

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik besteht bereits das Abkommen vom 16. April 1984 über Soziale Sicherheit, das die Renten-, Kranken- und Unfallversicherung umfaßt. Durch das Abkommen über Kindergeld vom 20. September 1991 werden die Beziehungen zwischen Deutschland und Tunesien im Bereich der sozialen Sicherheit erweitert.

Nach dem Abkommen sollen in einem Vertragsstaat beschäftigte Arbeitnehmer Kindergeld auch für ihre im anderen Vertragsstaat wohnenden Kinder erhalten. Dies bedeutet insbesondere auch Zahlung von deutschem Kindergeld an in Deutschland beschäftigte tunesische Arbeitnehmer für ihre in Tunesien wohnenden Kinder. Die Kindergeldsätze richten sich nach den Verhältnissen des Wohnlandes (Wohnlandprinzip) und damit nach den niedrigeren tunesischen Kindergeldsätzen für Kinder in Tunesien.

II. Besonderes

Artike! 1 enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe.

Artikel 2 bestimmt als sachlichen Geltungsbereich des Abkommens die Rechtsvorschriften über das Kindergeld beider Vertragsstaaten. Nach Absatz 2 erfaßt der sachliche Geltungsbereich des Abkommens nicht Rechtsvorschriften, die aufgrund von Rechtsbeziehungen mit anderen Staaten in dem einen oder dem anderen Vertragsstaat gelten.

Artikel 3 bezieht in den persönlichen Geltungsbereich die Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten, Flüchtlinge und Staatenlose ein.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen der Vertragsstaaten. In die Gleich-

behandlung werden auch Flüchtlinge und Staatenlose einbezogen.

Artikel 5 bestimmt in Anlehnung an das Abkommen über Soziale Sicherheit, daß grundsätzlich die Rechtsvorschriften über das Kindergeld des Beschäftigungslandes des Arbeitnehmers Anwendung finden, in Fällen der Entsendung das Recht des Entsendestaates.

Artikel 6 bestimmt, daß Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die in Deutschland und in Tunesien zurückgelegt sind, zusammenzurechnen sind, soweit solche Zeiten für die Erfüllung des Anspruchs auf Kindergeld erforderlich sind.

Artikel 7 regelt, daß die in einem Vertragsstaat beschäftigten deutschen oder tunesischen Arbeitnehmer Kindergeld für ihre im anderen Vertragsstaat wohnenden Kinder erhalten. So erhalten die in Deutschland beschäftigten tunesischen Arbeitnehmer deutsches Kindergeld für ihre in Tunesien wohnenden Kinder. Die Kindergeldsätze richten sich hierbei nach den Verhältnissen des Wohnlandes (Wohnlandprinzip). Das Kindergeld beträgt für das erste Kind 10,- DM monatlich, für das zweite bis vierte Kind je 25,- DM monatlich.

Weitere Kinder in Tunesien werden nicht berücksichtigt. Anspruch auf Kindergeld besteht in Anlehnung an das innerstaatliche deutsche Recht bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres.

Die Artikel8 und 9 enthalten – hauptsächlich in Anlehnung an das Abkommen über Soziale Sicherheit – die üblichen Regelungen über das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 10 und 11 enthalten Schlußbestimmungen.